

Ingenkamp, Karlheinz

Beispiele für Konflikte zwischen Datenschutz und Forschern

Benner, Dietrich [Hrsg.]; Heid, Helmut [Hrsg.]; Thiersch, Hans [Hrsg.]: Beiträge zum 8. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft vom 22.-24. März 1982 in der Universität Regensburg. Weinheim ; Basel : Beltz 1983, S. 403-406. - (Zeitschrift für Pädagogik, Beiheft; 18)



Quellenangabe/ Reference:

Ingenkamp, Karlheinz: Beispiele für Konflikte zwischen Datenschutz und Forschern - In: Benner, Dietrich [Hrsg.]; Heid, Helmut [Hrsg.]; Thiersch, Hans [Hrsg.]: Beiträge zum 8. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft vom 22.-24. März 1982 in der Universität Regensburg. Weinheim ; Basel : Beltz 1983, S. 403-406 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-228685 - DOI: 10.25656/01:22868

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-228685>

<https://doi.org/10.25656/01:22868>

in Kooperation mit / in cooperation with:

BELTZ JUVENTA

<http://www.juventa.de>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.
This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Zeitschrift für Pädagogik

18. Beiheft

Zeitschrift für Pädagogik

18. Beiheft

Beiträge zum 8. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft

vom 22. – 24. März 1982 in der Universität Regensburg

Im Auftrag des Vorstandes herausgegeben von
Dietrich Benner, Helmut Heid, Hans Thiersch

Beltz Verlag · Weinheim und Basel 1983

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft :

Beiträge zum 8. Kongreß der Deutschen Gesellschaft
für Erziehungswissenschaft : vom 22. – 24. März 1982
in d. Univ. Regensburg / Im Auftr. d. Vorstandes
hrsg. von Dietrich Benner ... – Weinheim ; Basel :
Beltz, 1983.

(Zeitschrift für Pädagogik : Beih. ; 18)

(Beiträge zum ... Kongreß der Deutschen Gesellschaft
für Erziehungswissenschaft ; 8)

ISBN 3-407-41118-9

NE: Benner, Dietrich [Hrsg.]; Zeitschrift für Pädagogik / Beiheft;

Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft : Beiträge vom

... Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft; HST

Die in der Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden.

Auch die Rechte der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehsendung, im Magnettonverfahren oder ähnlichem Wege bleibt vorbehalten.

Fotokopien für den persönlichen und sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopien hergestellt werden. Jede im Bereich eines gewerblichen Unternehmens hergestellte oder benützte Kopie dient gewerblichen Zwecken gem. § 54 (2) UrhG und verpflichtet zur Gebührenzahlung an die VG WORT, Abteilung Wissenschaft, Goethestr. 49, 8000 München 2, von der die einzelnen Zahlungsmodalitäten zu erfragen sind.

© 1983 Beltz Verlag · Weinheim und Basel

Gesamtherstellung: Beltz, Offsetdruck, 6944 Hemsbach über Weinheim

Printed in Germany

ISSN 0514-2717

ISBN 3 407 41118 9

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
 I. Öffentliche Ansprachen	
HERMANN GRANZOW	15
HANS MAIER	22
HANS THIERSCH	26
 II. Öffentliche Vorträge	
HANS AEBLI Die Wiedergeburt des Bildungsziels Wissen und die Frage nach dem Verhältnis von Weltbild und Schema	33
DIETRICH BENNER Das Normproblem in der Erziehung und die Wertediskussion	45
WALTER HORNSTEIN Die Erziehung und das Verhältnis der Generationen heute	59
PETER M. ROEDER Bildungsreform und Bildungsforschung	81
 III. Symposien: Vorträge/Berichte	
HANS NICKLAS Erziehung zur Friedensfähigkeit in einer friedlosen Welt?	99
<i>Schulpluralismus unter Staatsaufsicht statt Schuldirektismus in Staatshoheit</i>	105
WOLFGANG KLAFKI Vorbemerkungen zum Bericht über das Symposium	105
HANS-CHRISTOPH BERG Freie Schulen als Regelschulen	108
ALOIS ALDER Erfahrungen an der Friedensschule in Münster	113
DORIS KNAB Der Schulgesetzentwurf des Deutschen Juristentages im Lichte einiger Erfahrungen aus der Schulreformerarbeit an der Friedensschule Münster	118

BARBARA BOTH / ALBERT ILIEN und die GREMIEN DER GLOCKSEE-SCHULE, unter Mitarbeit von RENATE STUBENRAUCH / JÜRGEN FRIEDMANN / RUDOLF MESSNER Zur Pädagogik der Glocksee-Schule	122
MARIA FRIEDERIKE RIEGER Stiftung Landerziehungsheim Neubauern – Ziele und Schwierigkeiten einer „freien“ Schule und der Schulgesetzentwurf des Deutschen Juristentages	130
JOHANN PETER VOGEL Zur gegenwärtigen Situation von Schulen besonderer pädagogischer Prägung und den entsprechenden Vorschlägen im Schulgesetzentwurf des Deutschen Juristentages	133
HANS-CHRISTOPH BERG / WOLFGANG KLAFFKI / DORIS KNAB Leitfragen und Thesen zur Fortführung der Diskussion über die Zielsetzung und die pädagogische Gestaltungsfreiheit von privaten und staatlichen Schulen besonderer pädagogischer Prägung und über die schulrechtliche Absicherung solcher Schulen	136
<i>Sekundarstufen II – Didaktik und Identitätsbildung im Jugendalter</i>	139
HERWIG BLANKERTZ Einführung in die Thematik des Symposions	139
ANDREAS GRUSCHKA Fachliche Kompetenzentwicklung und Identitätsbildung im Medium der Erzie- herausbildung – über den Bildungsgang der Schüler der Kollegschule und zur Möglichkeit der Schule, diesen zum Thema zu machen	143
HAGEN KORDES Kompetenzentwicklung und Identitätsbildung im Medium fremdsprachlicher Bildung	153
WOLFGANG FISCHER „Jugend“ als pädagogische Kategorie – historische Rückfragen an Untersuchen- gen zur Kompetenzentwicklung und Identitätsbildung	168
JÜRGEN ZIECHMANN Stellenwert empirischer Verfahren in der Curriculumforschung. Eine Diskussion anhand von Projekten	179
HEINZ-OTTO GRALKI / ULRIKE STRATE / CARL-HELLMUT WAGEMANN Die Sozialisation von Studenten in Hochschulen. Bericht über ein Symposium . . .	185
<i>Wissenschaftliche Weiterbildung als Problem der Zusammenarbeit zwischen Hoch- schulen und außeruniversitären Trägern</i>	203
JOACHIM DIKAU Zusammenfassung des Symposiums	203
GÜNTHER DOHMEN Rückwirkungen wissenschaftlicher Weiterbildung auf Hochschule und Hoch- schulpolitik	208

HANS-DIETRICH RAAPKE	
Beteiligung der Hochschule an der allgemeinen Erwachsenenbildung als Herausforderung für Wissenschaft und Praxis	214
<i>Prävention – Zauberwort für gesellschaftliche Veränderung oder neue Form der Sozialkontrolle?</i>	219
HANS-UWE OTTO	
Einleitung zur Fragestellung des Symposions	219
PETER GROSS	
Über die Präventivwirkung des Nichtwissens – Popitz revisited	221
HEINRICH KUPFFER	
Die Fragwürdigkeit der Prävention in der Sozialarbeit/Sozialpädagogik	228
NORBERT HERRIGER	
Präventive Jugendkontrolle – eine staatliche Strategie zur Kolonisierung des Alltags	231
<i>Arbeit und Freizeit im Wandel – Antworten der Pädagogik</i>	237
HORST W. OPASCHOWSKI	
Neue Erziehungsziele als Folge des Wertewandels von Arbeit und Freizeit	237
WOLFGANG NAHRSTEDT	
Die Zukunft von Bildung, Arbeit und Freizeit: Berufsarbeit wird knapp – Chance für gesellschaftliche Arbeit?	250
<i>„Ausländerpädagogik“ als pädagogische Spezialdisziplin?</i>	259
JÖRG RUHLOFF	
Einleitende Problemskizze	259
HELMUT LUKESCH	
Empirische Befunde zur Stellung des Ausländerkindes im deutschen Schulsystem und ihre Bedeutung für die Entwicklung der Erziehungswissenschaft	262
FRANZ HAMBURGER	
Erziehung in der Einwanderungsgesellschaft	273
HANS MERKENS	
Erfordernis und Grenzen ausländerthematischer Spezialisierung in der Schulpädagogik	283
JÖRG RUHLOFF	
Thesen zur Schlußdiskussion	292
JÖRG RUHLOFF	
Zur Diskussion	295
<i>Autobiographische und literarische Zeugnisse als Quellen und Gegenstand erziehungswissenschaftlicher Erkenntnis und Handlungsorientierung II</i>	297
DIETER BAACKE	
Normalbiographie, Empathie und pädagogische Phantasie	298

ROTRAUT HOEPEL	
Perspektiven der erziehungswissenschaftlichen Erschließung autobiographischer Materialien. Autobiographien als kommunikativ-pragmatische Formen der Selbstreflexion	307
THEODOR SCHULZE	
Auf der Suche nach einer neuen Identität	313
<i>Aufgaben und Verfahren interpretativer Theoriebildung</i>	321
PETER ZEDLER	
Entwicklungslinien und Kontexte interpretativer Theoriebildung	321
EWALD TERHART	
Übersicht über die Beiträge	333
HEINZ MOSER	
Versuch eines Resumées aus den Regensburger Diskussionen	343
<i>Leben und Lernen jenseits patriarchaler Leitbilder</i>	351
HEDWIG ORTMANN	
Einleitung in die Problemstellung des Symposions	351
SIGRID METZ-GÖCKEL	
Macht- und Selbstlosigkeit der Frauen. Assoziative Überlegungen zum Mutter-Tochter-Bündnis in den letzten drei Generationen oder das Matriarchat lebt weiter	353
BIRGIT CRAMON-DAIBER	
Bericht über die Ergebnisse der Begleitforschung zum Fünfjahresprogramm der Bundesregierung „Modellplan zur Freisetzung humaner Ressourcen und zur kreativen Entwicklung neuer Subsistenzformen“ (M.H.R.K.S.)	364
CHRISTINE HOLZKAMP / GISELA STEPPKE	
Leben und Wissenschaft – einige Überlegungen zu den Auswirkungen der geschlechtsspezifischen Trennung von Erziehungsarbeit und Erziehungswissenschaft	372
<i>Forschungsfreiheit, Forschungsethik und Datenschutz</i>	381
WOLF-DIETER EBERWEIN	
Freiheit der sozialwissenschaftlichen Forschung und Datenschutz: Probleme und Lösungsansätze	381
HERMANN AVENARIUS	
Die Genehmigungsrichtlinien der Kultusminister unter juristischem Aspekt . . .	384
KARLHEINZ INGENKAMP	
Beispiele für die Behinderung der Forschungsfreiheit durch die ministerielle Genehmigungspraxis	388
EWALD ZACHER	
Einige verfassungsrechtliche und schulrechtliche Bemerkungen zur Zulässigkeit von wissenschaftlichen Erhebungen an Schulen und zur einschlägigen Genehmigungspraxis	392

LENELIS KRUSE Ethische und rechtliche Normen als Problem für die pädagogisch-psychologische Forschung	395
WILFRIED BERG Zur grundrechtlichen Problematik von Datenschutzbehörden und Forschungs- freiheit	399
KARLHEINZ INGENKAMP Beispiele für Konflikte zwischen Datenschutz und Forschern	403
PAUL J. MÜLLER Die Implementation des Datenschutzes im Bereich der wissenschaftlichen For- schung	407
EDGAR WAGNER Die informierte Einwilligung	410
ERWIN DEUTSCH Das Problem der informierten Einwilligung für Forschung und Datenschutz . . .	413
HELMUT GASSEN / MICHAEL SCHWANDER Zuständig sein und überflüssig werden	417
ULRICH HERRMANN / JÜRGEN OELKERS / JÜRGEN SCHRIEWER / HEINZ-ELMAR TENORTH Überflüssige oder verkannte Disziplin?	443
VERONIKA REISS Sprechpausen im Unterrichtsdiskurs	465

Beispiele für Konflikte zwischen Datenschutzbehörden und Forschern

1. Datenmerkmale in der erziehungswissenschaftlichen Forschung

Erziehungswissenschaftliche Forschung arbeitet zum größten Teil mit Daten, die der Forscher selbst erhebt, und zwar praktisch immer mit dem Einverständnis der Betroffenen. Die Einbeziehung von fremderhobenen und personenbezogenen Daten ist selten, mitunter jedoch unverzichtbar. Es handelt sich dann meist um Daten wie Lebensalter, Beruf und Schulbildung der Eltern, Zensuren usw.

In der Untersuchung von Wirkungen und Wechselwirkungen didaktischer oder schulorganisatorischer Maßnahmen auf bestimmte Gruppen von Lernenden werden z. B. Aussagen angestrebt, die allgemeinere Gesetzmäßigkeiten erkennen lassen. Die einzelne Person ist nur Merkmalsträger. Querschnittsuntersuchungen dieser Art können fast immer anonym erfolgen. Nur wenn die Wirkung pädagogischer Maßnahmen über einen längeren Zeitraum hinweg verfolgt werden soll, müssen die zu verschiedenen Terminen erhobenen Daten der gleichen Person zugeordnet werden. Das kann durchaus dadurch geschehen, daß dem Forscher nur Kennziffern bekanntwerden, wenn ein „Treuhandär“ überprüft, ob der Schüler sich zu verschiedenen Terminen tatsächlich an seine Kennziffer erinnert. Wenn dagegen die besonderen Reaktionen auf bestimmte erzieherische Maßnahmen mit dem Ziel pädagogischer Hilfe und Beratung des Betroffenen untersucht werden, ist der Personenbezug unerlässlich, aber hier erfolgt die Verarbeitung fast immer ohne elektronische Datenverarbeitung (vgl. KRUSE u. a. 1980).

Auch die erziehungswissenschaftliche Forschung kann mittelbar entscheidende Konsequenzen für alle Betroffenen, nicht nur für die Untersuchten haben, wenn z. B. aufgrund von Forschungsergebnissen bestimmte didaktische Vorgehensweisen im Mathematikunterricht eingeführt werden. Aber diese mittelbare Konsequenz ist nicht zu vergleichen mit den unmittelbaren Konsequenzen, die der Dateneinsatz bei Administration und Wirtschaft für Betroffene haben kann und die auslösendes Motiv für die Datenschutzgebung waren.

2. Anforderung an die faktische Anonymisierung in der Praxis

Die Praxis der Datenschutzbehörden ist in der Frage der faktischen Anonymisierung uneinheitlich und ändert sich von Jahr zu Jahr. Wurde z. B. 1976 in Rechenschaftsberichten noch erwähnt, daß Einzelpersonen auch bei Verzicht von Namen, Adressen und Identifizierungsnummern identifizierbar seien und daß eine Grundgesamtheit von 7650 Lehrern so klein sei, daß die Identifizierung keine unüberwindbaren Schwierigkeiten bereite (LANDTAG 1976) und die Befragung als personenbezogen eingestuft werden müsse, so wird 1980 betont, daß der Wert der Information in Beziehung zum Aufwand gesehen werden müsse, um das Risiko der Reidentifizierung zu beurteilen (LANDTAG 1980, S. 20). Aber die Praxis hält mit dieser Einsicht keinesfalls Schritt, wie an einem Beispiel gezeigt werden soll.

Ein neuer Intelligenztest sollte im Frühjahr 1981 in den 7.-9. Klassen an je 3000 Schülern im gesamten Bundesgebiet geeicht werden. Auf Namensnennung wurde verzichtet, nur das Geschlecht, das Alter

in Jahren und Monaten, der Beruf des Vaters und die Zensuren in 5 Fächern wurden erhoben. Die Teilnahme war freiwillig.

Die Datenschutzbehörde stufte die Untersuchung als personenbezogen ein, und das Kultusministerium forderte dementsprechend, daß „1. die Anonymität der Schüler gewährleistet bleibt, 2. die schriftliche Einwilligung der gesetzlichen Vertreter vorliegt“. Es gab keine Hinweise, wie bei 9000 anonymen Testbogen vorliegende schriftliche Einwilligungen zugeordnet, auf Richtigkeit geprüft werden können usw. Im Einspruch gegen diese Einstufung betonte der Untersuchungsleiter, daß das notwendige Zusatzwissen für die Reidentifizierung nur am jeweiligen Schulort zu beschaffen sei. Den Schülern, Lehrern und Eltern sei dieses lokale Zusatzwissen bekannt, aber sie hätten keinen Zugang zu den Testnormwerten, da sie Ablochplan, Job-Nummer und Paßwort nicht kannten und keinen Zugang zum Rechenzentrum hatten.

Dies alles wurde von der Datenschutzbehörde zugestanden, aber sie meinte, daß man nach Abschluß dieser Berechnungen dem Testrohwert einen Intelligenzquotienten zuordnen könne, und fuhr fort: „daß der Intelligenzquotient zu den Daten zu zählen ist, die zum Kernbereich der verfassungsrechtlich besonders geschützten menschlichen Intimsphäre gehören und daher auch im Bereich der Datenverarbeitung eines besonderen Schutzes bedürfen. Dies gilt insbesondere auch für die Intelligenzwerte von Schülern. Angesichts der eingeschränkten Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten kann nämlich die Kenntnis eines Intelligenzquotienten bei der Wahl des Berufes, des Arbeitsplatzes und der Ausbildungsstätte ein durchaus entscheidender Faktor sein, der somit auch für die Verwirklichung des in Art. 12 Abs. 1 GG geschützten Bildungs- und Ausbildungsanspruches von wesentlicher Bedeutung ist.

Diese besonders sensitive Information, die auch nicht ohne weiteres auf andere Weise mit geringerem Aufwand zu beschaffen ist, führt – wenn auf die Schulkennziffer nicht verzichtet wird oder eine Reidentifikation nicht auf andere Weise ausgeschlossen wird – zur Anwendbarkeit des Landesdatenschutzgesetzes“.

Wenn der Aufwand zur Reidentifikation hoch ist, braucht man also nur den Wert der möglichen Information zu steigern, um den Aufwand vertretbar erscheinen zu lassen. Aber die Datenschutzbehörde mußte zu diesem Zweck den Fakten Gewalt antun. 1. Es trifft nicht zu, daß der Intelligenzquotient nicht auf andere Weise mit geringerem Aufwand zu erhalten wäre. Jede Schule kann von Verlagen 48 deutschsprachige Intelligenztests beziehen und mit der auch hier eingeholten Einwilligung der Eltern durchführen. 2. Relevanz für die Ausbildung hat der IQ höchstens für die 9., nicht aber für 7. und 8. Klasse. Und auch in diesem Fall ist das Intelligenzurteil des Lehrers von ungleich größerem Gewicht. 3. Da bei 9000 Schülern ein Zeitaufwand von einem halben Jahr für Auswertung und Verrechnung anzusetzen ist, hat das Untersuchungsergebnis für individuelle Entscheidungen überhaupt keinen Wert mehr, denn die waren auch in der 9. Klasse längst gefallen.

Aber alle Argumente nützen dem Forscher überhaupt nichts. Die Datenschutzbehörde fällt ihre Entscheidung ohne Rückfrage und Anhörung. Zwischen Antragstellung und dieser Ablehnung verging zudem eine Frist von 8 Monaten. Da die Untersuchung ja nicht auf Eis gelegt werden konnte, wurde auf die Schulkennziffern verzichtet und weitergearbeitet.

Nun ergaben sich andere Schwierigkeiten: Acht andere Bundesländer hatten die Untersuchung genehmigt, ohne sie als personenbezogen einzustufen. In Übereinstimmung mit ihren Richtlinien forderten sie Verzeichnisse der teilnehmenden Schulen. Diese konnten aber nicht gegeben werden, da die Untersuchungsleitung ja auf Zuordnungsmöglichkeiten von Schulen verzichten mußte. Das Bayerische Kultusministerium bestand einen Monat *nach* der Untersuchung auf der Schulliste, weil es die Schulen *vor* der Untersuchung über Genehmigung und Auflage unterrichten müsse, und NRW bestand darauf, weil nach seiner Auffassung die Entscheidung der Datenschutzbehörde eines anderen Landes keine

Bedeutung für NRW habe. Die Beachtung des Datenschutzgesetzes eines Landes hat hier die Konsequenz, daß künftig in andern Ländern sehr viel schwerer Genehmigungen zu erhalten und sehr viel schwerer Schulen zu finden sein werden, weil ja nun alle Schulen ohne Rückmeldung bleiben mußten.

3. Anforderungen an den Informationsgrad der Einwilligung

Mehrere Datenschutzbehörden haben sich zum Komplex der notwendigen Information vor einer Untersuchung in einer Weise geäußert, die den Forschungsmethoden nicht gerecht wird. Noch 1982 schreiben BULL/DAMMANN: „Fragwürdig erscheint hingegen die Behauptung, manche sozialwissenschaftlichen Forschungen seien nur unter Täuschung der Betroffenen durchführbar; hier ist zu fragen, wie eine solche Art von Forschung mit dem Gebot zur Wahrung der Menschenwürde vereinbart werden soll“. Dann wird das heute auch in den USA nicht mehr zulässige und sicher nicht typische Milgram-Experiment angeführt und festgestellt: „Mit dem Grundgesetz ist es nicht vereinbar, Testpersonen zu Forschungsobjekten zu degradieren.“

Dies ist nach Jahren der Diskussion eine erstaunlich polemische und uninformierte Aussage. Daß nach den differenzierten Darstellungen von KRUSE 1981 und SCHULER 1980 immer noch so argumentiert werden kann, ist bestürzend. Es ist doch inzwischen bekannt, wie umfangreiche Gebiete der Forschung verschlossen wären, würde man vorher immer voll informieren, und wie vielfältig die Abstufungen von voller Information bis zur Täuschung sind. Völlig unberücksichtigt bleibt auch, daß in der erziehungswissenschaftlichen Forschung keine Gefährdung entsteht, über die man informieren müßte. Dazu ein Beispiel:

Um einige Faktoren zu untersuchen, die die Zensurengebung beeinflussen, wurde von einer Abiturprüfung in Geographie ein Wort- und Gestenprotokoll angefertigt. Diese Prüfung wurde von der gleichen Person dann absolut identisch einmal in 16 und einmal in 21 Minuten nachgesprochen. Bei der längeren Fassung wurde langsamer gesprochen, aber nicht gestottert. Je eine Fassung wurde verschiedenen Gymnasiallehrern mit der Information vorgespielt, daß man Schülerbeurteilungen untersuchen wolle. Natürlich war die Teilnahme freiwillig. Die langsamere Videofassung der Prüfung wurde signifikant schlechter beurteilt. Der Kandidat wurde für weniger intelligent und kompetent gehalten. Wir haben dadurch wieder eine wichtige Teilinformation über Gründe von Urteilsdifferenzen. Wir hätten sie bei voller vorheriger Information nie bekommen, da die Lehrer dann im Urteil bewußt gegensteuern. Keiner der beteiligten Lehrer ist irgendwie geschädigt worden.

In dieser Weise laufen auch viele Untersuchungen mit Schülern ab. Zeugt es da wirklich von Bemühen um den Bereich, über den man entscheiden will, wenn eine Datenschutzbehörde in ihrem Tätigkeitsbericht schreibt, der Vorwurf, daß „eine Information über den Inhalt von Fragebogen zu einer Beantwortung im Sinne sozialer Erwünschtheit führe und daß mit anderen Verfälschungstendenzen zu rechnen sei“, treffe nicht zu. „Es wird übersehen, daß es bei Forschungsvorhaben im Schulbereich in erster Linie darum geht, die Eltern, also nicht die Probanden selbst, über das Verfahren und über die Befragungsinhalte zu informieren“ (LANDTAG 1979, S. 13). Ist es angemessen, wenn ein Mitglied dieser Behörde dem Untersuchungsleiter schreibt, man könne die unerwünschten Nebenwirkungen durch entsprechende Motivation der Probanden vermeiden?

4. Die Bevormundung der Probanden durch Datenschutzbehörden

Es gibt auch Datenschutzbehörden, die Fragen und Aufgaben aus wissenschaftlichen Untersuchungsinstrumenten inhaltlich danach beurteilen, ob der Forscher sie stellen darf

und ob der Untersuchte sie freiwillig beantworten darf. So war sich 1977 ein Ausschuß für Datenschutz zwar „darüber im klaren, daß er sein Ermessen nicht an die Stelle des forschenden Wissenschaftlers setzen darf und etwa bestimmte Fragen zur Durchführung des konkreten Forschungsvorhabens für nicht notwendig erklären kann. Grundsätzlich hält er es aber für möglich, eine äußerste Grenzziehung in der Weise vorzunehmen, daß er bestimmte Fragen für nicht zulässig hält, wenn die erfragten Informationen in keinem vernünftigen Zusammenhang mit dem Forschungsvorhaben stehen“ (LANDTAG 1977).

Hier werden Entscheidungen über Ziele und Methoden der Forschung getroffen, die nur dem Forscher zustehen. An anderer Stelle wurde die Auffassung vertreten: „In den Fällen, in denen einzelne Fragen oder Fragenkomplexe mit der Würde des Menschen nicht zu vereinbaren sind, vermag daher auch die Einwilligung des Betroffenen den Eingriff in das Persönlichkeitsrecht nicht mehr zu rechtfertigen. Insoweit fehlt es ihm an der notwendigen Dispositionsbefugnis“ (LANDTAG 1981, S. 14).

War das mit Datenschutz der Bürger beabsichtigt, daß eine Behörde von sich aus und nicht auf Bitte der Betroffenen feststellt, wann Privatsphäre und Menschenwürde verletzt sind? Wenn Datenschutzbehörden dann noch in Tätigkeitsberichten und Pressekonferenzen die wissenschaftlich indiskutable Methode anwenden, einzelne Fragen und Aufgaben aus Untersuchungsinstrumenten herauszugreifen und als Beispiel unnötiger oder unzumutbarer Neugier hinzustellen, dann ist es wohl nicht unverständlich, daß Wissenschaftler hierin eine unsachliche und forschungsfeindliche Haltung sehen. Wenn Datenschutz bürokratisch und ohne Rücksicht auf Gegenstand und Methode die Forschung reglementiert, dann wirkt er forschungsbehindernd, auch wenn das weder seine Aufgabe noch Absicht ist.

Literatur

- BULL, H. P./DAMMANN, U.: Wissenschaftliche Forschung und Datenschutz. In: Die öffentliche Verwaltung 35 (1982) H. 6, S. 213–223.
- DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR ERZIEHUNGSWISSENSCHAFT: Die Behinderung der erziehungswissenschaftlichen Forschung in der Bundesrepublik. Frankfurt 1980.
- KRUSE, L.: Alternativen zu ethisch fragwürdigen Forschungstechniken? In: KRUSE, L./KUMPF, M. (Hg.): Psychologische Grundlagenforschung: Ethik und Recht. Bern 1981.
- KRUSE, L./AMELANG, M./INGENKAMP, K.: Datenbedarf in der empirischen Psychologie und Erziehungswissenschaft. In: KAASE, M. u. a. (Hrsg.): Datenzugang und Datenschutz, Königstein/Ts. 1980.
- LANDTAG Rheinland-Pfalz, 8. Wahlperiode: Unterrichtung durch den Ausschuß für Datenschutz, 3. Tätigkeitsbericht. Drucksache 8/1444, 1. 10. 1976.
- LANDTAG Rheinland-Pfalz, 8. Wahlperiode: Unterrichtung durch den Ausschuß für Datenschutz, 4. Tätigkeitsbericht. Drucksache 8/2470, 10. 10. 1977.
- LANDTAG Rheinland-Pfalz, 9. Wahlperiode: Unterrichtung durch die Datenschutzkommission, 6. Tätigkeitsbericht. Drucksache 9/253, 15. 10. 1979.
- LANDTAG Rheinland-Pfalz, 9. Wahlperiode: Unterrichtung durch die Datenschutzkommission, 7. Tätigkeitsbericht. Drucksache 9/970, 15. 10. 1980.
- LANDTAG Rheinland-Pfalz, 9. Wahlperiode: Unterrichtung durch die Datenschutzkommission, 8. Tätigkeitsbericht. Drucksache 9/1869, 28. 10. 1981.
- SCHULER, H.: Ethische Probleme psychologischer Forschung. Göttingen 1980.

Anschrift des Autors:

Prof. Dr. Karlheinz Ingenkamp, Zentrum für empirische pädagogische Forschung der EWH Rheinland-Pfalz, Industriestr. 15, 6740 Landau/Pfalz